

Herr Dehnert geht kurz auf den Antrag ein und fragt nach dem Stand der Dinge.

Erster Beigeordneter Ludwigs führt aus, dass die Angelegenheit im Hause mehrfach thematisiert worden sei. Hierbei habe sich aber auch herausgestellt, dass die große Vielzahl von Erlassen und Verordnungen nicht einfach zu durchforsten sei, zumal die Kommunen das letzte Glied in der Kette seien. Es handele sich überwiegend um Landesrecht. Den Gemeinden sei kaum möglich, selber Vorschläge zur Streichung zu machen.

Herr Ludwigs verweist auf ein Gespräch mit dem Innenministerium und zitiert aus einem entsprechenden Vermerk.

Herr Dehnert bittet, den Vermerk zu Protokoll zu geben. Ihm ginge es heute im wesentlichen um einen Sachstandsbericht.

Herr Schmidt erklärt, dass eher die Politik gefordert sei, da diese mehr Einfluss habe als die Verwaltung.

Herr Tandler bestätigt diese Auffassung. Die Vorgehensweise ziele zwar in die richtige Richtung, die Arbeit sei aber von den Verwaltungen gar nicht zu leisten, zumal die Gefahr der Subjektivität gegeben sei. So könne es sein, dass ein Amtsleiter die Streichung eines Erlasses befürworte, dessen Erhalt aber von anderer Seite als notwendig erachtet werde.

Ein Beschluss in der Sache wird nicht gefasst.